

Deutscher Hauswirtschaftsrat, Charlottenstraße 16, 10117 Berlin

Bundesminister für Finanzen  
Herrn Christian Lindner  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

Die Präsidentin:  
Ursula Schukraft  
Diakonisches Werk Württemberg  
Heilbronner Str. 180  
70191 Stuttgart  
Tel. 0173 4068259  
u.schukraft@hauswirtschaftsrat.de

14.11.2023

## Haushaltsplanungen des Bundesarbeitsministeriums

### Massive Budgetkürzungen der Jobcenter

Sehr geehrter Bundesminister,

Der Deutsche Hauswirtschaftsrat ist in großer Sorge hinsichtlich der Mittelkürzungen des Bundes von 500 Mio. Euro in den Jobcentern.

Wir fordern Sie, sehr geehrter Herr Minister, auf: **Stoppen Sie diese geplanten Kürzungen.**

Eine solche Kürzung wird auf die Qualifizierung im Bereich der hauswirtschaftlichen Dienstleistungen dramatische Auswirkungen haben; wir haben bereits jetzt mit massivem Personalmangel zu kämpfen.

Extrem betroffen von den Kürzungen wären hauswirtschaftliche Bildungseinrichtungen, die von den lokalen Jobcentern gefördert werden. Diese stehen vor erheblichen Herausforderungen aufgrund von stark gestiegenen Energiekosten, Inflation und insbesondere steigender Personalkosten. Allein für die Fortführung von laufenden Maßnahmen benötigen sie dringend zusätzliche finanzielle Mittel. Stattdessen beabsichtigen Sie eine Mittelkürzung.

Für den Bereich Hauswirtschaft hieße das:

Qualifizierungsangebote, die hauswirtschaftliche Qualifizierungen in unterschiedlichen Niveaustufen anbieten - von der niedrigschwelligen, sprachgestützten Basisqualifizierung bis hin zur Vorbereitung auf die Abschlussprüfung Hauswirtschafter\*in - geraten in Schieflage, wenn Bildungsgutscheine nur noch zögerlich ausgegeben werden.

Zudem bietet die Hauswirtschaft eine hervorragende Möglichkeit Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt zu integrieren und dauerhaft aus Transferleistungen zu heben.

Aufgrund der unsicheren Zukunftsperspektiven befürchten wir jetzt den zeitnahen Weggang von Ausbilderinnen und Ausbildern aus unseren Bildungseinrichtungen, die wir derzeit kaum ersetzen können. Hauswirtschaftliche Fachkräfte sind nirgends zu finden.

Der Bedarf an hauswirtschaftlichen Kräften ist in der Bundesrepublik unverändert hoch und steigt in vielen Bereichen überproportional (Ganztagsbetreuung in Schule und Kita, Altenpflege, ambulante Dienste).

Ob es unseren Bildungseinrichtungen gelingen wird, auch im kommenden Jahr das Bürgergeld im Sinne der Betroffenen erfolgreich umzusetzen, hängt entscheidend von der Haushaltssituation in den Jobcentern ab und damit von Ihrer Entscheidung, die geplanten Kürzungen zurückzunehmen. Strukturen, die jetzt zerschlagen werden, lassen sich nur sehr schwer wiederaufbauen.

Vor weniger als einem Jahr war es politischer Wille, mit der tiefgreifenden Reform des SGB II in Form des Bürgergeldgesetzes die Grundsicherung und die Integration von Menschen in Arbeit grundlegend zu verbessern. Die Umsetzung des Bürgergeldes mit den eröffneten neuen Instrumenten, wie z.B. dem Coaching, der Modifizierung des Förderinstruments Grundkompetenzen und einem stärkeren Fokus auf die Sprachförderung war eine gute und wichtige Entscheidung, die wir sehr begrüßt haben.

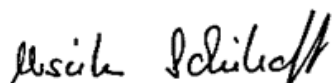
Die geplanten Kürzungen stehen den Leitgedanken des Bürgergeldgesetzes, Qualifizierung und Berufsausbildung stärker in den Fokus zu rücken um die Arbeitsmarktchancen nachhaltig zu verbessern, entgegen. Die dafür notwendigen Eingliederungsmittel sind nicht mehr vorhanden.

Für Maßnahmen der Arbeitsmarktförderung werden mit dieser Entscheidung die Handlungsspielräume deutlich eingeschränkt. Gerade im SGB II sehen wir noch Ressourcen, spätere Fachkräfte zu qualifizieren.

Wir appellieren daher nochmals an Sie, die jetzt geplanten Kürzungen zurückzunehmen.

Freundliche Grüße

Deutscher Hauswirtschaftsrat



Ursula Schukraft  
Präsidentin